

Pressekonferenz zur Vorstellung des 9. Bundesländerrankings 2011

**Statement von Henning Krumrey,
Stellvertretender Chefredakteur der WirtschaftsWoche**

Berlin, 24. Juni 2011

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Niveauvergleich des neuen Bundesländerrankings wird beherrscht von einer Dreiergruppe: **Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg**. Dann kommt ... erst mal nichts. Und dann folgen **Hessen** sowie die 12 anderen Bundesländer.

Niveausieger 2011 ist Bayern. Noch in den 50-er Jahren als rückständiges Agrarland gesehen, ist der Freistaat zum Hochtechnologie-Standort mutiert und den früheren Vorzeige-Industrieregionen scheinbar uneinholbar davon gezogen. Bayerns exportstarke Wirtschaft präsentiert sich auch kurz nach der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit krachledern gesund.

4,5 Prozent Arbeitslose hatte Bayern im vergangenen Jahr – das kommt der Vollbeschäftigung schon nahe. Bayern haben im Schnitt die höchste Kaufkraft – 21.326 Euro je Einwohner. Die Zahlen zeugen zudem von einer Sozialstruktur, die so intakt ist wie in keinem anderen Bundesland. Bayern hat die niedrigste Zahl gemeldeter Straftaten – 4.958 Delikte je 100.000 Einwohner und die zweithöchste Aufklärungsquote. Der Freistaat punktet mit den niedrigsten Quoten bei ALG II-Empfängern – 2,8 je 100 Einwohner – und privaten Schuldnern – 7,1 Prozent, Bundesschnitt von 9,5 Prozent. Zudem zeigt sich Bayerns Wirtschaft innovativ: Mit 104 Patenten je 100.000 Einwohner muss der Freistaat nur die Cleverles im Südwesten an sich vorbei lassen.

Niveauezweiter ist trotz Dynamik-Absturz infolge der Krise Baden-Württemberg. Das ist ein Beleg dafür, wie stark die wirtschaftliche Substanz des Ländles im Vergleich zum Rest der Republik ist. Baden-Württemberg punktet am Arbeitsmarkt: 76,9 Prozent aller Erwerbsfähigen haben einen Job – nur Bayern ist hier besser. Dafür steht das Ländle bei der Jugendarbeitslosigkeit noch einen Tick besser da als der Freistaat. Nur im Saarland ist die Quote der Schulabbrecher noch niedriger als in Baden-Württemberg.

Um Haaresbreite verweist Baden-Württemberg **Hamburg auf den dritten Platz**. Mit einer Wirtschaftsleistung von 49.638 Euro je Einwohner, mit einer Produktivität von 77.730 Euro, mit verfügbarem Einkommen von im Schnitt 24.137 Euro und mit einer Steuerkraft von 4.228 Euro belegt der Stadtstaat gleich vier erste Plätze bei wichtigen Wirtschafts- und Wohlstandsindikatoren im Ranking. Sie alle belegen die wirtschaftliche Vitalität der Hansestadt, die sich erkennbar vom Hafen emanzipiert hat, dessen Umschlag im Krisenjahr 2009 um ein Viertel eingebrochen war. Wir von der WirtschaftsWoche haben darüber in unserer Ausgabe vom 23. Mai berichtet.

Hamburg punktet als Standort mit den meisten Konzernzentralen bundesweit sowie als Dienstleistungs- und Medienzentrum.

13,7 Prozent aller Beschäftigten in Hamburg haben einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Nur in der Bundeshauptstadt ist der Anteil der Hochqualifizierten höher. Und Hamburgs Wirtschaft ist im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern hoch innovativ. 2010 wurden hier 51 Patente angemeldet. Nur die Cleverles in Baden-Württemberg und die Bayern sind besser. Airbus und Aurubis sind zwei wichtige Namen unter den innovativen produzierenden Hamburger Unternehmen. Auch die industrielle Basis der Hansestadt ist stark.

Ein wichtiger Schlüssel für den Erfolg ist ganz sicher die Innovationskraft Ihrer Wirtschaft. In der Spitzengruppe der drei Länder, die sich mit einigem Abstand vom Rest der Republik abgesetzt haben, werden die meisten Patente angemeldet. Innovation schafft Jobs und Wohlstand!

Hamburg straft all jene Lügen, die das Davonziehen des Südens und Südwestens als gleichsam schicksalhaftes Süd-Nord-Gefälle darstellen wollen. Hamburgs Erfolg ist das Ergebnis eines erfolgreichen Strukturwandels. Natürlich hat der Hafen immer noch Gewicht. Aber viele der alten Speicherhäuser, die vor der Kulisse des modernen Container-Umschlages ihre Funktion verloren haben, dienen jetzt als Büros für Unternehmen der wissensintensiven Dienstleistungen.

Wer den Strukturwandel verschleppt, oder dies in der Vergangenheit getan hat, fällt im föderalen Wettbewerb zurück.

So kurz nach der Bankenkrise möchte ich kurz **auf Hessen eingehen**. Bei der Steuerkraft je Einwohner ist nur Hamburg besser. Nach Hamburg bietet Hessens Wirtschaft die höchste Produktivität – 71.843 Euro je Erwerbstätigen. Hinter Bayern und Hamburg erreicht Hessen

Platz 3 bei der Kaufkraft – 21.187 Euro je Einwohner. Rang 3 beim Bruttoinlandsprodukt – 37.101 Euro je Einwohner. In Hessen sind auch vergleichsweise viele Hochqualifizierte beschäftigt – 12,5 Prozent Uni- und FH-Absolventen unter allen Beschäftigten – und die Wirtschaft ist mit 40 Patenten je 100.000 Einwohner vergleichsweise innovativ.

Doch die Finanzkrise hat den Banken-Standort Frankfurt hart getroffen – Verlustabschreibungen drücken das Steueraufkommen. Harte Strukturanpassungen trafen auch die Frankfurter Börse. Die Maschinenbauindustrie im Norden des Landes nimmt allerdings wieder Fahrt auf. Viele hessische Unternehmen schauen nach einer aktuellen IHK-Umfrage optimistisch in die Zukunft, jedes vierte will neue Stellen schaffen. Über steigende Verkaufszahlen freut sich auch Opel in Rüsselsheim. Doch hier liegt nach neuen Verkaufsgerüchten eine große Unbekannte für Hessens Wirtschaft.

Erstaunlich gut präsentiert sich auch Rheinland-Pfalz – auf Platz 5. Wer hier nur die Weintradition sieht, der täuscht sich über das wirtschaftliche Potenzial der Pfälzer. Ihre Exportquote ist so hoch wie die Baden-Württembergs. Die Jobversorgung ist mit 76,4 Prozent aller Erwerbsfähigen überdurchschnittlich, Rheinland-Pfalz hat auch vergleichsweise wenig junge Arbeitslose. Mittelfristig gehört Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Süden und Südwesten zu den ersten Bundesländern, in denen wieder Vollbeschäftigung herrschen könnte. Eine bedeutende industrielle Basis ist die Triebfeder solcher Erfolge. Wichtiger Arbeitgeber ist die BASF in Ludwigshafen. Weitere Standorte sind Boehringer-Ingelheim oder das Mercedes-LKW-Werk in Wörth.

Auf den Plätzen 6,7 und 8 folgen die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Auf der Suche nach Ursachen für die recht hohe Niveauplatzierung von SWH fallen mir nur Kreise wie Pinneberg und Stormarn ein, in denen viele Menschen wohnen, die in Hamburg arbeiten. Desaströs ist die Schuldenlage in Folge der Turbulenzen der HSH Nordbank. *Hamburg zieht Schleswig-Holstein hoch, die HSH Nordbank zieht es runter.*

Niedersachsens weite Felder sind die eine Seite des Landes – die agrarbetonte. Dabei hat das Land darüber hinaus einige industrielle Highlights zu bieten – und damit ist nicht nur die sehr erfolgreiche Autostadt Wolfsburg gemeint. Die Meyer Werft in Papenburg hat Aufträge satt. Daran hängen 1800 Zuliefererbetriebe. Im Emsland an den Standorten Aurich und Emden baut der Windkraftanlagen-Hersteller Enercon seine Produktion massiv aus. Die Häfen des Landes – zum Beispiel Emden und Cuxhaven – rüsten sich für die Offshore-

Logistik von Windparks auf See. Es wird nun darauf ankommen, was Niedersachsen aus diesen Chancen macht.

Zu NRW ist eigentlich alles gesagt. Außer vielleicht, dass Düsseldorf, wo die WirtschaftsWoche erscheint, eine der Boomtowns und Wohlstandsinseln der Rheinschiene ist, ohne die das Land noch trister dastehen würde.

Die Plätze 9 und 10 belegen das Saarland und Bremen. Das westlichste aller Bundesländer hat einen harten Strukturwandel hinter sich und wurde mit seinem vitalen und exportstarken M+E-Sektor zusätzlich von der weltweiten Wirtschaftskrise getroffen. Der Automobil-Sektor mit prominenten Namen wie Bosch, Ford und Michelin hat wieder Fahrt aufgenommen: Von 2009 auf 2010 hat das Saarland das drittstärkste Wirtschaftswachstum hingelegt. In die Zukunft weist noch ein weiterer Indikator, bei dem das Saarland ganz vorn im Ländervergleich liegt: 5,3 Prozent aller Schulabgänger im Saarland haben keinen Abschluss, die niedrigste Quote bundesweit. Da Bildung eine Länderkompetenz ist, möchte ich darauf besonders hinweisen.

Schwächstes West-Bundesland ist Bremen auf Rang 10. Ein Blick auf wirtschaftliche Kennziffern des Stadtstaates wirft erst einmal die Frage auf: Warum schneidet Bremen eigentlich so schwach ab?

Bundesweit führt Bremen bei der Exportquote: 56 Prozent aller produzierten Waren und gehen ins Ausland. Das schaffen nicht einmal Bayern und Baden-Württemberg! Bremen hat nach Baden-Württemberg die zweithöchste Ingenieursdichte. Und mit 71.242 Euro die dritthöchste Produktivität je Erwerbstätigen. Pro Kopf gerechnet hat nur Hamburg ein höheres Bruttoinlandsprodukt als Bremen.

Wir haben es hier wie übrigens auch in Berlin mit einer Spaltung innerhalb einer Stadt zu tun. Auf der einen Seite hat das Land hochproduktive Exportindustrien, darunter High-Tech-Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie. Auf der anderen Seite gibt es vor allem in Bremerhaven Regionen, deren Arbeitsmarkt- und Sozialproblematik den Ruhrgebietsstädten gleicht. Eine bedeutende Zahl von Menschen nimmt an der Entwicklung nicht mehr teil oder kann dies zum Beispiel aufgrund mangelnder Bildungsvoraussetzungen nicht. Es muss nun darum gehen, auch diese Menschen wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Dafür braucht es verstärkte Bildungsanstrengungen und eine aktivierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Neue Chancen für Bremerhaven und neue auch gewerbliche Arbeitsplätze bieten sich in der Offshore-Logistik, die in Zusammenhang mit Windparks auf hoher See expandieren wird.

Die letzten sechs Niveauplätze belegen die fünf neuen Bundesländer und Berlin. Wir haben eingangs gehört, dass die neuen Bundesländer und vor allem auch die Bundeshauptstadt sich erneut als besonders dynamisch erwiesen haben. Doch die Niveauplatzierungen zeigen auch, welcher Rückstand noch aufzuholen ist. Die Wirtschaftsleistung Sachsens, Brandenburgs, Thüringens, Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns liegt mit Werten zwischen 21.730 Euro und 22.870 Euro sehr deutlich unter dem Niveau starker Westflächenländer wie Bayern mit 35.337 Euro und Baden-Württembergs mit 33.651 Euro je Einwohner und Jahr.

Dementsprechend können die neuen Bundesländer auch beim Wohlstand nicht aufschließen. So liegen die verfügbaren Einkommen in allen neuen Bundesländern deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 18.983 Euro.

Um hier vorwärts zu kommen braucht der Osten Deutschlands dringend mehr Industrie und Gewerbe. Die dynamische Entwicklung macht zwar einerseits Mut, dass der Aufholprozess gelingt. Doch ein Datum macht deutlich, dass Eile geboten ist. Im Jahr 2013 laufen die hohen EU-Fördersätze für viele Regionen in Ostdeutschland aus. Sie müssen dann in der Lage sein, auch ohne besondere EU-Förderung attraktiv für Investoren zu sein. Zur Gefahr für das weitere Wachstum Ost kann sich hierbei die Tatsache entwickeln, dass alle neuen Länder nach wie vor überdurchschnittlich viele Einwohner verlieren. Schon jetzt warnen Fachleute wie die Wissenschaftler des IAB vor einem Fachkräftemangel in Ostdeutschland, so eine jüngst erschienene Kurzstudie über Sachsen.

Die Tatsache, dass es in Sachsen, Brandenburg, MVP und Sachsen-Anhalt besonders viele Schulabbrecher gibt, ist vor diesem Hintergrund besonders gefährlich. Dass in MVP und Sachsen-Anhalt mehr als jeder zehnte Schulabgänger keinen Abschluss hat, ist schlicht nicht hinnehmbar.

Abschließend ein Wort zur Bundeshauptstadt: Berlin hat in den letzten Jahren eine beachtliche Entwicklung erlebt und ist auch wirtschaftlich betrachtet auf dem Weg zur Weltstadt. Diese Entwicklung wird auch getrieben von wissensintensiven Dienstleistungen und wissenschaftsgetriebenen jungen Unternehmen. 14,8 Prozent aller Beschäftigten in Berlin haben einen Uni- oder Fachhochschulabschluss. Und Berlin ist attraktiv für neue Einwohner: Seit 2007 sind fast 40.000 zusätzliche Einwohner in die Stadt gezogen. Die Exportquote ist stark gestiegen. Und das neue Berlin hat auch aufgrund seiner umfassenden Bildungslandschaft beste Voraussetzungen, diese Entwicklung fortzusetzen.

Auf der anderen Seite gibt es wie auch in Bremen viele, die von diesen Entwicklungen abgekoppelt sind. Bundesweit ist Berlin deshalb Schlusslicht am Arbeitsmarkt. Die Hauptstadt hat mit 66,1 Prozent aller Erwerbsfähigen die niedrigste Arbeitsplatzversorgung bundesweit und mit 13,6 Prozent im Jahr 2010 die höchste Arbeitslosenquote sowie die schwächste Ausbildungsplatzdichte.

Unabhängig von der Frage, ob Berlin demnächst eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister haben wird: Die neue Amtsperiode der oder des *Regierenden* wird bestimmt sein müssen, nach Möglichkeit niemanden zurückzulassen. Berlin darf im Jahr 50 des Mauerbaus keine neue Spaltung erleben, die sich über Jahrzehnte nicht mehr korrigieren lässt.

Wir und insbesondere auch der Studienleiter Dr. Karl Lichtblau stehen Ihnen nun für Fragen zur Verfügung.